Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4009.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 508. Halle, Mittwoch, den 29. Oktober. 1919.

Beratung des Heeresetats.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 29. Oktober. 112. Sitzung.

Am Ministertisch: Noske und Reinhardt.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 35 Minuten.

Der Antrag des Ausschusses für die Geschäftsordnung, die Nichterteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Gandorfer (b. keiner Fr.) wird angenommen.

Fortsetzung der 2. Beratung des Haushalts:

Reichsheer.

Abg. **Maritzky** (D. Vpt.): Die Stärke des Reichsheeres von 100 000 Mann ist zugering. Wir danken dem Heer für seine Tätigkeit zur Aufrechterhaltung der Ordnung,

besonders dem Obersten Reinhardt.

Auch monarchistisch gesinnte Offiziere können der Republik treu dienen. Wenn Sie diese zwingen, die Reichswehr zu verlassen, so stürzt die Ordnung zusammen. Die Reichswehr ist die einzige Stütze der Regierung, sie fällt mit den bürgerlichen Offizieren. Die Verpflegung der Mannschaften ist ungenügend, ebenso die Löhnung (Lärm links, Zuruf: Früher!). Die Zukunft der Leute ist nicht sichergestellt. Der Gefechtswert der Truppe ist vielleicht auf ein Drittel zurückgegangen. Die monarchistisch gesinnten Offiziere

weisen einen monarchistischen Putsch weit von sich.

Wir erkennen an, daß der Reichswehrminister den ernsten Willen hat, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Im übrigen aber halten wir ihn für einen überzeugten Sozialisten, also für unsern schärfsten politischen Gegner.

Abg. **Stücklen** (Soz.): Am besten wäre es, wir könnten auf dieses Heer verzichten. Wir sind stets für die Miliz eingetreten. Unsere jetzige Reichswehr kostet annähernd so viel wie das ganze Heer früher in Friedensstärke. Für die Verteidigung des Landes kommt

ein Söldnerheer kaum in Frage.

Im Lande besteht die Gefahr, daß ein Söldnerheer ein Werkzeug der Reaktion wird. (Aha rechts.) Zwischen den Adeligen und Bürgerlichen im Offizierkorps besteht ein zahlenmäßiges Mißverständnis. Die adeligen Offiziere beginnen sich wieder zu fühlen. In den Gefangenenlagern findet man die Blätter des Herrn Traub, ebenso antisemitische Schriften. (Bravo rechts.) Die Mehrzahl der Offiziere steht der Regierung feindlich gegenüber, kein Wunder, wenn die Disziplinlosigkeit auf die Mannschaften abfärbt. Ein

Heer von Republikanern

ist die beste Schutzwehr gegen Spartakisten und Alldeutsche. Zur beschleunigten Zurückführung der Kriegsgefangenen ist das Möglichste geschehen, keine Kosten werden gescheut.

Abg. **Rackes** (Ztr.): Die Ausgaben für Heer und Marine sollen auf das unerläßlichste Maß beschränkt werden. Wir wünschen das Gedeihen der Reichswehr. Mängel sind vorhanden, aber war es unter dem alten Heer besser? Die bevorstehende

Einführung eines umfassenden Unterrichts für die Mannschaften

begrüßen wir. Die Kaserne darf nicht Tummelplatz der Politik werden, aber die Leute und Offiziere müssen auf dem Boden der Verfassung stehen. Der militärische Apparat muß der Regierung völlig zur Verfügung stehen.

Abg. **von Graefe** (Dntl.): Die alte Armee war die Grundlage unseres gesamten Vaterlandes, unseres Deutschtums. Es ist ein tragisches Geschick, daß deutsche Männer mit dem Siege ihrer Partei das Vaterland zu Boden strecken. Uns ist ein kleiner kümmerlicher Trost übrig geblieben in der Reichswehr. Sie bedarf aufrichtiger Freunde. Die

schwarz-weiß-rote Fahne ist nicht verboten.

(Lärm links.) Wenn alle monarchistisch gesinnten Offiziere das Heer verlassen sollen, möchte ich mal den traurigen Rest sehen. Sie (nach links) haben die Armee politisiert. Die Löhne sind ungenügend. Wenn die Leute sich schlechter stehen als Arbeiter, so werfen wir das ganze Geld für die Reichswehr zum Fenster hinaus.

Elternbeiräte für die Schulen.

Neuer Erlaß des Kultusministeriums.

Berlin, 29. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Das Kultusministerium hat, wie wir erfahren, gestern neue Verordnungen über die Bildung von Elternbeiräten in den Schulen erlassen. Sie werden in den üblichen Fristen zur Veröffentlichung gelangen. Durch sie werden alle bisherigen Anordnungen auf diesem Gebiete für aufgehoben erklärt. Die Elternräte werden wie wir hören sofort obligatorisch sein. Auch für die Zusammensetzung der Elternbeiräte sind neue Richtlinien geschaffen worden. Das Proportionalwahlrecht wird zur Anwendung kommen. Ein Mitbestimmungsrecht der Eltern bei Schulmaßnahmen ist insoweit vorgesehen, in denen Schüler aus einer Lehranstalt ausgeschlossen werden oder Vermerke über das sittliche Betragen in den Abgangszeugnissen erfolgen sollen, erst in den gemeinsamen Konferenzen des Lehrerkollegiums mit den Elternausschüssen zur Sprache gebracht werden müssen.

Die Baltikum-Kommission der Entente.

Paris, 29. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Die Ententekommission, die nach dem Baltikum geht, wird bald abreisen und in Berlin die amtlichen Beschlüsse, die von der deutschen Regierung an von der Balt gegeben worden sind, prüfen. Dann reist die Kommission nach Kurland weiter.

Ernste Unruhen in Brooklyn.

Tote und Verwundete.

WTB. Amsterdam, 29. Okt. „Telegraaf" meldet aus New York, daß in Brooklyn infolge Wiederaufnahme der Arbeit durch eine Gruppe von Dockarbeitern ernste Unruhen stattgefunden haben, wobei es Tote und Verwundete gab. 20 000 Arbeiter streiken noch, während 30 000 Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben sollen.

Die Offensive Denikins.

„Starke Kräfte des Feindes vernichtet."

WTB. Amsterdam, 28. Okt. Laut Pressebüro „Radio" entwickelt sich die Offensive Denikins auf der ganzen Linie Kamischin. Es wurden starke Kräfte des Feindes vernichtet und zahlreiche Gefangene gemacht. Denikin macht auch in Gegend Woronosch, Kiew und Mohinew Fortschritte. Petljuras Stab ist von Panik ergriffen geflohen.

Englisch-russische Verhandlungen über einen Gefangenenaustausch.

WTB. Amsterdam, 29. Okt. „Telegraaf" meldet aus London, daß der britische Unterstaatssekretär des Aeußern dem Unterhaus mitgeteilt hat, daß demnächst vermutlich in Dänemark eine Zusammenkunft von Vertretern von England und Sowjet-Rußland stattfinden wird, in der über den Gefangenenaustausch verhandelt werden soll.

Eine Hungersnot-Konferenz in London.

Berlin, 29. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die heute morgen gemeldete Einladung einer Reihe deutscher und deutschösterreichischer Persönlichkeiten zu einer Beratung in London geht, wie wir erfahren, von dem Fight Famine Council (Ausschuß für Bekämpfung der Hungersnot) aus. Vorsitzender dieser Vereinigung ist Lord Parmour, der bekannte Oberrichter am englischen Appellhof. Mitglieder sind einige Pazifisten, sowie eine Anzahl bekannter Arbeiterführer, darunter beispielsweise Henderson. Auch gehören der Vereinigung 5 englische Bischöfe an. Die Vereinigung will in London eine internationale Wirtschaftskonferenz abhalten, um der drohenden Hungersnot in Europa zu steuern.

Die Ratifikationsschwierigkeiten.

Hamburg, 29. Okt. (Eig. Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: Von Tag zu Tag mehren sich die Schwierigkeiten, den Austausch der Ratifikationsurkunden vorzunehmen und die Durchführung des Versailler Friedensvertrages zu beginnen. Es ist nicht blos amerikanischer Widerstand zu überwinden, sondern auch in Frankreich sind bedeutende Hindernisse vorhanden, die es unmöglich machen, daß in den nächsten Wochen die Friedensbestimmungen in Kraft treten. Während am Freitag noch der 11. November für den Austausch der Ratifikationsurkunden in Aussicht genommen wurde, wird jetzt in Konferenzkreisen versichert, daß der 15. bezw. der 20. November als frühester Termin in Betracht kommt. Entscheidend dafür ist, daß erstens mit einer Teilnahme der Amerikaner an der ersten Sitzung des Exekutivkomitees des Völkerbundes nicht mehr gerechnet wird. Krampfhaft muß man eine Formel finden, um diese Sitzung auch ohne Amerika zu ermöglichen. Und weiterhin läßt sich heute von einem offenen Konflikt zwischen den Entschließungen Fochs und einiger französischer Regierungsmitglieder hinsichtlich der Durchführung des Friedens sprechen. Foch will am Donnerstag einen eingehenden Bericht vorlegen, worin er zahlreiche Verletzungen des Waffenstillstandes durch Deutschland aufstellt. Er sieht daraus die Folgerung, daß die Militärkontrolle Deutschlands zu verschärfen sei. Er fordert Mangins Wiedereinsetzung in Mainz, nachdem er ihm verboten hat, ins Baltikum zu gehen zur Ueberwachung des Abtransports der deutschen Truppen. Er so dort weiter die Entsendung des Generals Fanolle als ersten französischen Geschäftsträger nach Berlin. Dagegen wünscht die Regierung die dauernde Beseitigung Mangins und die Ernennung des gegenwärtigen Ministers für den Wiederaufbau Loucheur zum Geschäftsträger in Berlin. Ehe diese schwebende Personalfrage, die gleichzeitig Prinzipienfrage ist, nicht gelöst ist, kann kein Termin für den Ratifikationsaustausch festgesetzt werden. Ueber Loucher erhielten wir zwei gegensätzliche Charakteristiken. Von einer Seite hören wir, daß er für ein enges Zusammenarbeiten mit der deutschen Industrie eintreten wolle, weil er darin die einzige Möglichkeit sehe, Frankreichs Neuerrichtung zu fördern. Von anderer Seite wird berichtet, daß Loucher in engster Verbindung mit der französischen Großindustrie stehe und ausschließlich deren Interessen in Berlin vertreten werde.

Die Ostpolitik Deutschlands.

Eine Unterredung mit dem deutschen Reichsminister des Aeußern Hermann Müller.

ow. Berlin, 29. Oktober.

Der Reichsminister des Aeußern Hermann Müller empfing den Chefredakteur des „Ostwest-Telegrafen" zu einer längeren Unterredung, in deren Verlauf er sich über den gesamten Komplex der deutschen Ostpolitik äußerte:

„Mit der Ratifikation des Friedens von Versailles — führte der Minister aus — zwischen den Alliierten und Deutschland wird die Welt formal wieder in den Frieden eintreten; in der Wirklichkeit trägt das Weltbild noch so unverkennbare Spuren des Krieges, daß man der Errungenschaft des Friedens kaum froh werden kann. Ich will davon absehen, daß die Bestimmungen des Friedens selbst in vielen Stücken nur eine vertraglich geregelte Kriegsführung gegen Deutschland darstellen; dies müssen wir als gewollte Unzulänglichkeit des Versailler Werkes hinnehmen. Worin sich aber seine ungewollte Unzulänglichkeit zeigt, das ist das ganze Gebiet der europäischen Ostfragen. Die Konferenz von Versailles hat, hypnotisiert von dem Verlangen, Deutschland zu fesseln, die weitsichtigere Aufgabe, den Frieden durch innerliche Konsolidierung der Völker zu sichern, außer acht gelassen und nichts getan, um die russische Frage zu lösen. Jetzt will sie die neue Friedensära damit beginnen, daß sie die Blockade, also ein Kriegsmittel, gegenüber Rußland zur Anwendung bringt. Soweit ich sehe, hat sie damit vorläufig keine moralischen Eroberungen gemacht, denn in allen Ländern, sogar bei den Völkern der Entente selbst tut sich lauter Widerwille gegen einen solchen Rückfall in die Kriegszeit kund.

Jedenfalls lehnt Deutschland die Mitverantwortung für eine solche Politik Rußland und der Welt gegenüber ab. Deutschland will es den Völkern, die an seinen Ostgrenzen wohnen, vollkommen überlassen, wie sie sich künftig staatlich einrichten wollen. Dieser Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten ist der erste; wir verstehen ihn natürlich unter völliger Gegenseitigkeit, weshalb wir gegen den Bolschewismus so lange entschieden Front machen, als er versucht auf unser Gebiet überzugreifen und die Entwicklung der deutschen Revolution in seinem Sinne zu beeinflussen. In den Kampf der russischen Parteien einzugreifen, hat die deutsche Regierung keine Veranlassung. Der oberste Grundsatz der Nichteinmischung wird ergänzt durch den zweiten der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker, die auf ein kulturelles und nationales Eigenleben Anspruch machen und diesen Anspruch durchzusetzen wissen. Aus diesem Prinzip folgt unsere Stellungnahme zu den sogenannten russischen Randstaaten. Wie die finnische Freiheit schon lange vor dem Weltkriege in Deutschland die größte Sympathie gefunden hatte, so würde man es bei uns für eine Rückwärtsbewegung ansehen, wenn es einer zentralistischen Richtung in Rußland gelänge, das staatliche und kulturelle Sonderleben der Letten, Esten, Litauer, Weiß-Russen und Ukrainer wieder der früheren Nivellierungspolitik zu unterwerfen. Wie aber diese Länder sich einrichten wollen, ob als völlig für sich lebende Staaten, ob in einer engeren Bundesgemeinschaft unter sich oder in irgendeiner völkerrechtlichen Verbindung mit dem eigentlichen Rußland, das wollen wir gänzlich der Entwicklung und dem eigenen Willen dieser Staaten überlassen. Ein Interesse an diesen Fragen hat Deutschland nur insofern, als es den dringenden Wunsch hat, an seiner Ostgrenze ruhige Zustände eintreten zu sehen, welche die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Verkehrs gestatten. Daß man in der feindlichen Presse, namentlich in der französischen, diesen legitimen und zivilisatorischen Wunsch vielfach dahin umfälscht, Deutschland bereite die wirtschaftliche Eroberung des Ostens vor, ist nicht unsere Schuld und kann nur als eine Nachwirkung der Kriegspsychose bezeichnet werden.

Wenn die russische Politik der Entente nicht wieder unabsehbare Verwirrungen über Osteuropa bringt, so hätten wir Anlaß zu hoffen, daß die Beziehungen Deutschlands zu den neuen Staaten, die in der letzten Epoche des Krieges in feindlichen Gegensatz zu Deutschland getreten sind, sich langsam bessern und sich Bedürfnissen des Friedens angleichen. Ich denke vor allem an Polen und die tschecho-slowakische Republik, die ja unsere größten unmittelbaren Nachbarn im Osten sind. Mit Polen haben wir den ersten Staatsvertrag abgeschlossen, der geeignet ist, den Krieg moralisch abzubauen. Wir sind bereit, auf diesem Wege fortzufahren und dazu überzugehen, Verträge zum Aufbau des künftigen Verhältnisses mit Polen zu schließen. Am besten erschiene es mir, wenn man damit beginnen würde, das große Gebiet der Wirtschaftsfragen zwischen Polen und Deutschland zu regeln. Denn hier liegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191029031/fragment/page=0001

gegenseitige Interessen vor, denen man mit realpolitischen Formeln gerecht werden kann. Zunächst gilt es, das in die Hand zu nehmen, wobei jeder etwas zu gewinnen hat und wodurch erst die Vorbedingungen zu einem friedlichen Leben nebeneinander geschaffen werden.

Es ist in Deutschland mit Befriedigung vermerkt worden, daß aus einer Rede, die kürzlich der Minister des Auswärtigen der tschecho-slowakischen Republik, Herr Benesch, gehalten hat, eine solche fruchtbare Betrachtung der Zukunft herauszulesen war. In der Tat liegen die Beziehungen Deutschlands zu dem böhmischen Staat ganz ähnlich wie die zu Polen. Die beiden neuen Staaten stehen in alten Wirtschaftsverbindungen zu dem Deutschen Reich, deren Grundbedingungen die geographische Lage, die Gemeinsamkeit von Wasserwegen und die Notwendigkeit des Austausches von Erzeugnissen des Bodens durch politische Neuerungen nicht beseitigt werden können. Beide Staaten werden auch Millionen von Bürger in ihren Grenzen haben, die nach Sprache, Sitte und Tradition Deutsche sind und die sehr wohl ein Bindemittel zwischen uns werden könnten, wenn sie so behandelt werden, wie sie es verdienen und wie es ihnen versprochen wurde.

Während diese beiden Staaten, obwohl sie uns feindlich gegenüberstanden, das Recht besitzen, mit Deutschland denjenigen Verkehr zu pflegen, den sie für wünschenswert halten, ist die deutsch-österreichische Republik durch die Entente gehindert worden, dem großen nationalen Zug zu folgen, der das deutsch-österreichische Volk nach dem Zusammenbruch der Monarchie erfaßte und der zur Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich drängte. Dieses naturwidrige Verbot ist ein Stück des Versailler Vertrages, das nach meiner festen Ueberzeugung durch die Zeit und die bessere Einsicht auch der feindlichen Regierungen einer Revision verfallen wird.

Die in unserem Verhältnis zu Deutsch-Oesterreich so bedeutsame Frage der Donau-Schiffahrt führt uns südlich in den Rest des ehemaligen Königreichs Ungarn. Auch dort hat die Entente eine schwere Schuld an sich geladen, als sie durch allzulange Verschleppung der Entscheidung über die Ansprüche der lachenden und sich streitenden Erben den vollständigen Zusammenbruch des ungarischen Staates verursachte. Daß Ungarn durch die Räterepublik hindurchgehen mußte, verdankt es nur den Großmächten der Entente, die nicht wußten, wie sie die gegensätzlichen Wünsche ihrer Bundesgenossen befriedigen sollten. In Deutschland hat man mit tiefen Bedauern gesehen, wie das tapfere Ungarn zuerst weit über das Maß gerechter nationaler Ansprüche hinaus verstümmelt und dann von inneren Fiebern bis fast zur Vernichtung geschüttelt wurde. Auch jetzt scheint seine Leidenszeit noch nicht vorüber zu sein, denn aus den monarchistischen Restaurationsplänen, die aus dem bolschewistischen Sumpf emporgeblüht sind, kann, wie ich glaube, eine glückliche Zukunft Ungarns nicht erstehen. Eine Dynastie, über die ein noch mächtiger, aber weit entfernter Gönner seine Hand hält, scheint mir eine moderne Begriffe und die Bedürfnisse der Zukunft wenig geeignete Lösung zu sein. Ungarn darf sich, wenn es frei und selbständig bleiben will, nicht auf die vergängliche Gunst einer Macht stützen, sondern es muß versuchen, mit seinen Nachbarn in ausgeglichenen friedlichen Beziehungen zu leben. Dies weist es vor allem auf die Länder hin, mit denen es durch die große Wasserader der Donau verbunden bleibt, also auf Deutsch-Oesterreich und den serbisch-kroatischen Staat, durch die es in indirekten Verkehr mit Deutschland einerseits und mit dem Balkan und dem nahen Orient andererseits steht.

In seinen Beziehungen zu Groß-Serbien muß Ungarn wie Deutschland die durch den Krieg gegebene geschichtliche Lösung anerkennen, die dahin geht, daß der begabte und fleißige Stamm der Südslawen nach seiner nationalen Vereinigung die Stellung einer politisch und wirtschaftlich ausschlaggebenden Macht am Südostor Europas einnimmt, das nach dem Adriatischen und Aegäischen Meer hinausführt. Deutschland ist in einen Gegensatz zu Serbien nur durch die österreichisch-ungarische Politik gedrängt worden. Ursprünglich bestanden zwischen uns und den Serben die besten Beziehungen. Die Deutschen wurden vor dem Kriege in Serbien außerordentlich geschätzt und der serbische Abnehmer war dem deutschen Kaufmann ein solider und angenehmer Kunde, mit dem sich ausgezeichnet Geschäfte machen ließen. Auch auf menschlichem und kulturellem Gebiet bestand kein Gegensatz. Viele junge Serben kamen zu uns auf unsere Hochschulen und Universitäten. Ich glaube, daß es nicht schwer sein wird, das Verhältnis zwischen uns und dem serbisch-kroatischen Königreich, nachdem es von dem Gegensatz gereinigt ist, der durch die enge Verbindung Serbiens mit dem panslawistischen Rußland und durch die Bindung Deutschlands an die habsburgische Politik hineingetragen worden war, auf eine neue gesunde und friedliche Grundlage zu stellen.

In dem Bild, das ich flüchtig und gesprächsweise von der Lage Osteuropas entworfen habe, mischen sich dunkle mit hellen Farben. Soweit die staatliche Konsolidierung des Ostens erfolgt ist, also in Polen, der Tschecho-Slowakei und Südslawien, läßt sich die Zukunft auch von dem deutschen Gesichtspunkt aus mit Hoffnung betrachten. Nur dort, wo noch das staatliche und wirtschaftliche Chaos herrscht, ist man genötigt, ein großes Fragezeichen zu machen. Dies sollte ein Fingerzeig für die künftige Politik sein. Sie sollte von dem obersten Grundsatz geleitet werden, daß die noch in Gärung befindlichen Ostgebiete, also die Randstaaten, das innere Rußland und die Ukraine, in den Frieden einbezogen werden müssen. Dies kann nach unserer Auffassung nicht dadurch erreicht werden, das man mit Kriegsmaßregeln gegen sie vorgeht, sondern nur dadurch, daß man ihnen uneigennützig hilft, sich wieder aufzubauen, also statt einer internationalen Blockade eine großzügige internationale Hilfsaktion, statt Hunger Brot, statt Abschnürung Verbindung, statt Aechtung Liebe und Freundschaft. Deutschland hat in seiner gegenwärtigen Lage wenig Macht, diese Politik durchzusetzen, aber es läßt keinen Zweifel darüber, daß eine solche Politik den Grundsätzen entsprechen würde, nach denen es in Zukunft seine Beziehungen zu allen Völkern zu den ehemals feindlichen, wie zu den alten Freunden, einzurichten gedenkt.

Der Grund der kommunistischen Spaltung.

Von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur (Sektion Halle) wird uns geschrieben:

Wie bereits auf Grund eines Aufrufes der kommunistischen Arbeiterzeitung in Hamburg bekannt geworden ist, ist es zu einer Spaltung des Spartakusbundes gekommen. Der Grund für diese Spaltung im kommunistischen Lager ist in bestimmten Leitsätzen zu suchen, die nicht die vorherige Genehmigung der einzelnen Organisationen gefunden hatten. Der Wortlaut dieser Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik liegt uns vor. Darin wird als die zweifache Aufgabe der Revolution betrachtet, „Beseitigung der politischen Unterdrückung" und „Aufhebung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses". Dann heißt es unter 2 und 3:

„2. Die Ersetzung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses durch die sozialistische Produktionsordnung hat zur Voraussetzung die Beseitigung der politischen Macht der Bourgeoisie und deren Ersetzung durch die Diktatur des Proletariats.

3. In allen Stadien der Revolution ist sie ein politischer Kampf der Proletariermassen um die politische Macht. Dieser Kampf wird mit allen politischen Mitteln (Massenstreik, Massendemonstration, Aufstand) zu siegreichem Ende gebracht werden können. Dabei aber kann die K. P. D. auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten, das der Vorbereitung dieser großen Kämpfe dient. Als solches Mittel kommt auch die Beteiligung an Wahlen in Betracht, sei es zu Parlamenten, sei es zu Gemeindevertretungen, sei es zu gesetzlich anerkannten Betriebsräten usw."

In ihrem weiteren Verlaufe wenden sich die Leitsätze sodann gegen die syndikalistische Auffassung sowie auch gegen die Auffassung der U. S. P. Im nächsten Punkt wird auf die Bedeutung des Ausbaues der Arbeiterräte hingewiesen. Hierzu heißt es in den Leitsätzen schließlich:

„Innerhalb der Arbeiterräte haben sich die Mitglieder der K. P. D. fraktionsmäßig zusammenzuschließen und zu versuchen, durch geeignete Parolen die Arbeiterräte auf die Höhe der revolutionären Aufgabe zu erheben und die Führung der Arbeiterräte und Arbeitermassen zu gewinnen."

Ueber die Kampfmittel wird unter 5 gesagt:

„Die wirtschaftlichen Kampfmittel sind von besonderer Bedeutung, weil sie dem Proletariat über die eigentlichen Ursachen seines wirtschaftlichen und politischen Elends in ganz besonderem Maße die Augen öffnen. Der Wert dieser Kampfmittel steigt umsomehr, als in dem Proletariat die Einsicht wächst, daß auch diese wirtschaftlichen Kampfmittel dem politischen Ziel der Revolution dienen. Aufgabe dieser politischen Partei ist es, dem Proletariat den ungehinderten, auch von keiner konterrevolutionären Gewerkschaftsbürokratie gehemmten Gebrauch dieser wirtschaftlichen Mittel zu sichern wo nötig, selbst um den Preis der Zerstörung der Form der Gewerkschaft und Schaffung neuer Organisationsformen. Die Anschauung, als könne man durch eine besondere Organisationsform Massenbewegungen erzeugen, daß die Revolution eine Frage der Organisationsform sei, wird als ein Rückfall in bürgerliche Utopie abgelehnt."

Weiter beschäftigen sich die Leitsätze mit der Frage, was der Generalstreik ist und wann er einzusetzen hat. Den Schluß der Leitsätze bilden die folgenden Ausführungen:

„Die politische Partei ist zur Führung des revolutionären Massenkampfes berufen. In der K. P. D. versammeln sich die Elemente, die dazu berufen sind, in den revolutionären Kämpfen voranzugehen.

Die syndikalistische Meinung, daß die Organisation der zielklarsten Proletarier in einer Partei nicht notwendig sei, vielmehr die Partei gegenüber den wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats zu verschwinden habe, oder in ihnen aufgehen müsse, oder daß die Partei ihre Führung in revolutionären Aktionen zugunsten von Betriebsorganisationen usw aufgeben und sich auf die Propaganda beschränken müsse, ist gegenrevolutionär, weil sie die klare Einsicht der Vorhut der Arbeiterklasse durch den chaotischen Trieb der in Gährung geratenen Masse ersetzen will. Die Partei kann aber nur dieser Aufgabe gerecht werden, wenn sie in revolutionären Epochen in straffster Zentralisation vereinigt ist. Föderalismus ist nur die versteckte Form für die Vereinsung und Auflösung der Partei. Die K. P. D. verwirft jeden Föderalismus.

8. Mitglieder der K. P. D., die diese Anschauungen über Wesen, Organisation und Aktion der Partei nicht teilen oder ihnen in Wort und Schrift oder Aktion entgegengehandelt haben oder entgegengandeln, haben aus der Partei auszuscheiden."

Das Drama der Jugend in Deutschland

Ein Zyklus aus den Werdezeiten des Deutschen Dramas.

Das Stadttheater bittet uns folgendes zu veröffentlichen:

Die vom hallischen Stadttheater im Laufe dieser Spielzeit veranstaltete Aufführungsfolge „Das Drama der Jugend in Deutschland*)" soll den Geist der deutschen Jugend in seinen mannigfaltigen literaturgeschichtlichen Erscheinungsformen zu unserer Zeit sprechen lassen. Sie möchte damit zugleich den Boden des Verständnisses bereiten helfen für das, was Herz und Haupt der Stürmer und Dränger im Drama unserer Tage bewegt. Wie etwa alle dreißig bis vierzig Jahre im Verlauf der letzten 150 Jahre unserer Literaturentwicklung, so stehen wir auch heute wieder in einer Gärungsepoche des Dramas. Gleich den Stürmern und Drängern, die in den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts mit dem jungen Goethe an der Spitze dichterischen Protest erhoben gegen die einseitige Verstandeskultur der Aufklärungszeit, tritt ein Teil der künstlerischen Jugend unserer unsäglich tiefer aufgerüttelten Zeit in Kampfstellung gegen die fortschrittliche Entwicklung unserer äußerlich bewegtesteigerten Zeitkultur, strebt wie einst jene einer neuen Gesinnungskultur entgegen. In dieser Stellungnahme recht eigentlich wurzelt das Grundereignis der „expressionistischen" Gegenwartskunst. Auf dem Gebiete der Dichtung weisen hier bedeutungsvolle Ansätze auf den Anbruch einer neuen Entwicklungsepoche des deutschen Dramas. Wir sind uns bewußt, daß erst ein gewisses historisches Abstandsgefühl die nötige Unbefangenheit zur Anerkennung des künstlerisch Echten zu verleihen vermag. So möchte unsere Veranstaltung, indem sie in Werken und Wollen früherer Jugendbewegungen des deutschen Dramas einzutreten sucht, einem zeitlich unbefangeneren Urteil gegenüber dem jünger-deutschen Drama vorarbeiten, möchte den Blick schärfen sowohl für das Jugendlich-Gärende wie Zukunftsweisende in ihm.

Um unserer Schauspielgemeinde den Weg zum tieferen Verständnis der Eigenart der einzelnen Werke wie der hinter und zwischen ihnen sich auftürmenden großen Zusammenhänge zu weisen, werden den einzelnen Entwicklungsepochen einführende, auf literatur- und geistesgeschichtlicher Grundlage ruhende, gemeinverständliche Vorträge vorausgeschickt werden. Die einzelnen Aufführungen sollen zudem im Theaterzeiger durch literarische zum Verständnis anleitende Notizen begleitet werden. Die einführenden Vorträge hat der Privatdozent für neuere deutsche Literaturgeschichte an unserer Universität, Dr. Wolfgang Lepe, übernommen.

Der Zyklus wird am 2. November mit einer Sonntagvormittagsveranstaltung im Stadttheater eröffnet werden. Die weiteren Vorstellungen werden an den Abenden, die Vorträge Sonntags vormittags ebenfalls im Stadttheater stattfinden.

Gesamtprogramm. 1. Sturm und Drang. Erster Sonntagvormittag: Eröffnungsveranstaltung. Vortrag. Hierauf Aufführung aus Klingers „Leidendem Weib". Das Prometheusfragment von Goethe.

2. Romantik. Zweiter Sonntagvormittag: Vortrag. Erster Abend: Friedrich Hölderlin: Der Tod des Empedokles.

3. Junges Deutschland und Naturalismus. Dritter Sonntagvormittag: Vortrag. Zweiter Abend: Georg Büchner: Woyzeck. Dritter Abend: G. Hauptmann: Vor Sonnenaufgang.

4. Jüngstdeutsches Drama (Expressionismus). Vierter Sonntagvormittag: Vortrag. Erster Abend: Georg Kaiser: Die Bürger von Calais. Fünfter Abend: Ernst Barlach: Der arme Vetter. Sechster Abend: Hans J. Rehfisch: Das Paradies.

Es werden nur Einzelarten ausgegeben.

*) Wir verweisen zur näheren Unterrichtung auf unsere Ankündigung und ausführliche Programmentwicklung, die im amtlichen Theateranzeiger wie in unserer Zeitung veröffentlicht wurden. Einige Neuderungen wurden nötig.

Erstaufführung im Stadttheater.

„Kameraden".

Komödie in vier Aufzügen von August Strindberg.

Verdeutscht von Emil Schering. Spielleitung: Dr. Edgar Groß.

Halle, 28. Oktober.

Nachdem das Stadttheater vor Jahr und Tag den 1. Teil von Strindbergs „Totentanz" aufgeführt hatte, glaubte ich zunächst dessen Nachfolg erwarten zu dürfen. Dies Drama erwies sich jedoch als trügerisch, war für die Begriffe der Intendanz wohl „zart" wie leiser noch immer so manches andere, das sich für die überwiegende Mehrzahl der deutschen Bühnen einfach von selbst verbietet. Ich meine z. B. die rückhaltlose Veröffentlichung eines Spielplanentwurfes sowie Notizen über neue Mitglieder, von Bedeutung. Ein solches soll Dr. Edgar Groß augenscheinlich sein, da er sich mit der anspruchsvollen Spielleitung eines Strindbergwerkes einführte. Erkennt man dem Publikum, erkennt man der Kritik da wirklich kein hinreichendes Interesse etwas Näheres über die neue Kraft zu erfahren, zumal sie doch der Oeffentlichkeit, nicht nur geschlossenen Gesellschaften ihr Können zur Verfügung stellt? Hätte sich das denn auch unter den neuen Verhältnissen nicht schleunigst ändern lassen? Oder ist das hallische Stadttheater letzten Endes ein Privatunternehmen?

Doch nun zurück zu „Kameraden". Sie bewegen sich zu Paris in Künstlerkreisen. Axel und Bertha malen, wogegen nichts einzuwenden wäre, wenn sie sich nicht Konkurrenz machten und überdies geheiratet hätten. Das Problem der Künstlerehe also! Jeder will dem anderen überlegen sein, nicht nur malerisch, sondern auch sonst. Die unabwendbare Folge sind Eifersüchteleien, Stichleien jeder Art. Der berühmte Satz „Er soll dein Herr sein!" durchlebt allerlei Ab- und Umwandlungen, bis er in sein Gegenteil verkehrt ist. Das Weib wird zum seelischen Folterrechte für den Mann. Schließlich aber dämmert ihm die Erkenntnis aus dem Zusammensein mit anderen Weibern, sodaß er erstarkt. Für ein unwürdiges Beziehungsspiel um die Aufnahme von Bertha, in Wahrheit von Axel gemaltem Bild in dem Pariser „Salon" sowie für alle sonstigen Entmannungsmöglichkeiten rächt sich nun Axel, indem er Bertha demütigt. Zu seinen Füßen vermeint sie jetzt den Beginn ihrer Liebe zu Axel zu verspüren und bittet ihn, sie im Hause zu behalten. Er aber hat Abergang von ihr, weil er erkannt hat „Kameraden will ich im Café, im Hause aber ein Weib!" Um diesen Kern hat Strindberg noch mehrere Personen gruppiert, die das Unglück der Ehe dartuen sollen, es sei denn, daß sie so ist wie die des Leutnants Stark, der sofort nach der Vermählung die Führung der Familie mit fester Hand übernommen hat. Oder mit anderen Worten, wie Homer sagt: „Einer soll herrschen!", weil es, nach Strindberg, Gemeinschaft im höheren Sinne zwischen den Geschlechtern nicht gibt.

Neu ist diese These nicht. Bewiesen hat sie Strindberg auch nicht, weil er von vornherein viel zu viel und nicht alltäglichen Zündstoff zusammengetragen hat, als daß der Fall Axel-Bertha noch den Wert des Typus beanspruchen könnte. Erscheint es uns doch einstweilen immer noch als seltener Spezialfall, daß ein Weib den Mann zur Ehe verführt, schlechter als er malt, aber den Ehrgeiz soweit treibt, daß es die Ausnahme eines Gemäldes in die Kunstausstellung in unwürdigster Weise auf dem Umwege über ein anderes Weib zu erschwindeln sucht; ganz abgesehen davon, daß Berthas Wille zur Demütigung Axels unweiblich, also anormal ist wie ihr gesamtes, lediglich vom Gehirn diktiertes Gebaren. Das Weib ist, und zwar das bis zur Bizarrerie abgekühlte Gehirn liefert überhaupt die Schöpfquelle für all die unerquicklichen Vorgänge im Malerhause. Vertiefe Denkorgan insbesondere hat längst den Weg ins Abentheuerliche eingeschlagen, sogar der Sinn fürs Ehrgefühl zählt nicht mehr zu ihren Bewußtseinsschichten. Statt dessen fluktet das nervenpeitschende Hochwasser des Männerhasses mit hysterischer Gipfelschärfe durch ihr ganzes Wesen gleich einem Symbole des urewigen Kampfes zwischen Mann und Weib — verzerrt natürlich im Strindbergslichte. Etwa nach dem Grundsatze „ich sah' mir die Welt durch die Galle an", namentlich den weiblichen Teil der Menschheit! Diese Verbitterung verleitet den Dichter ferner dazu nur Fertiges, in seiner Entwicklung bereits Abgeschlossenes in Wort und Tat zu zeigen, nicht aber, wie es seine Aufgabe gewesen wäre, gerade die Entwicklung bis zum Ergebnis. Deshalb sind die meisten Redewendungen sozusagen Quintessenzen, und es wirkt bald geschraubt ihrer Anhäufung beizuwohnen. Das Weib in seinen häufigen weiteren Spielarten als Lügnerin und rechthaberische Trinkerin (Frau Hall) als „Freundin" (die zwei Fräulein Hall), auch als Ehefrau von Nettigkeit, „weil er so gut zu ihr ist", sind ebenfalls so einseitig übelwollend von Strindberg gezeichnet, daß die Absicht allzu scharf ins Auge fällt. Man lächelt, bleibt innerlich aber im übrigen unbeteiligt, weil sich dem fühlenden Herzen nirgends ein Körnchen Herzensgefühl anbietet. Allenfalls ärgert man sich rechtschaffen darüber, daß Axel sich Berthas Tyrannenlaunen so lange gefallen läßt und freut sich über die psychologische Erkenntnis, daß ein derartiges Wesen in der eigenen Demütigung den Keim der Liebe findet.

Dr. Edgar Groß hat „Kameraden" ganz im Geiste Strindbergs unter Hervorkehrung der ätzenden Verstandeskühle eingeübt. Der weib-männl che Zweikampf vollzog sich gut in einem schönen Bühnenbilde. Helene Achterberg gab die Bertha sehr treffend als kaltes, alles berechnendes Gehirnwesen. Sie verfiel von irritabler Schwäche in hysterische Energie, von einem Freundlichkeitsanfluge in unverhüllten Haß mit geschickem Sprunge, bei e nur, zu Axels Füßen liegend, den Liebesgedanken ein wenig wärmer anklingen lassen sollen. Olaf Bach war als Axel nicht so erfolgreich wie diese Bertha (wenn schon besser wie als Egmont) Bach hat Axels Wesen imgrunde wohl richtig erfaßt, läßt ihn in der Rolle aber doch, besonders im 1. und 2. Akte, zu nonchalant gehen, erscheint daher gar zu unmännlich und fällt prachtlos nach gegen die anderen, zumal gegen Alfred Wolles sehr gut gehaltenen Leutnant Stark unangenehm ab. Irma Gramm war eine in ihrer unheitbaren Gezähnlichkeit vorzügl che Abel, Hermann Wedding ein scharfer Willmer, Eugen Teuscher ein guter Doktor Oestermark, Charlotte v. Durant ebenso als seine ehemalige Frau in wohlgelungener Trinkerin. Der Beifall entsprach diesen Leistungen. Dr. B.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191029031/fragment/page=0002

Insbesondere hat es der kommunistischen Opposition der letzte Satz angetan, nach dem ein großer Teil der bisherigen Parteifreunde aus der Organisation „fliegen" sollte. Man darf gespannt darauf sein, ob sich der Flügel der Kommunisten, der nach der Berliner „Freiheit" „spezifisch bolschewistische Methoden" vertritt, nun ganz den Syndikalisten in die Arme fallen wird.

Ausschuß über das Tumultschadengesetz.

Die Beratung wird bei § 5 fortgesetzt. Zur Annahme gelangt ein Antrag, der den Paragraph wie folgt umgestaltet:

„Wenn bei der Entstehung des Schaden ein Verschulden eines Betroffenen mitgewirkt hat, so findet § 254 des BGB. Anwendung."

Als neuer Absatz wird ein deutschnationaler Antrag hinzugefügt:

„Wer wissentlich falsche Angaben bei Aufstellung seiner Schadenberechnung macht, geht seines Schadensersatzanspruchs verlustig."

Der Paragraph 6 wird dahin umgestaltet, daß noch eine obere Instanz eingeführt wird. Den Vorsitz im Ausschuß muß einem demokratischen Antrage ein Richter oder ein höherer Beamter des Verwaltungsdienstes führen. Die Paragraphen 7, 8 und 9 werden in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Bei Paragraph 10 Verteilung der Kosten erklärt der Regierungsvertreter, daß Reich und Staat je ⅔ und die Gemeinden ⅓ des Schadens zu übernehmen haben. Die Demokraten wollen die Haftpflicht der Gemeinden ausschalten. Der demokratische Redner führt aus, daß es geradezu komisch wirken müsse, wenn beispielsweise die Stadt Halle, der keinerlei Schuld an den Plünderungen treffe, wo die Plünderungen unter den Augen des Landesjägerkorps stattfanden, ⅓ des Schadens tragen solle. Der Regierungsvertreter meint demgegenüber, daß hier ein Ausnahmefall vorliege, der besonders zu behandeln sei. Hier käme bei Annahme des Antrags 1 unter 3 die Ausnahme in Betracht. Ein Deutschnationaler sieht nicht ein, weshalb die anderen Bewohner für die Groß- und Industriestädte zahlen sollen. Darin liege eine große Ungerechtigkeit für das platte Land. Die Anträge werden abgelehnt, welche der Gemeinde mitzahlen lassen wollen. Es gelangt der demokratische Antrag zur Annahme, der die Entschädigungen je zur Hälfte vom Reich und Staat tragen läßt.

Drohender Verfall unserer Kriegergräber.

Unablässig war die Heeresverwaltung in all den Kampfjahren im Felde wie in der Heimat auf die Sicherung und den Schmuck der Gräber unserer Tapferen bedacht; nun können nicht mehr draußen treue Kameradenhände die letzte Ruhestätte herrichten, und in der Heimat drohen schwere Aufgaben, das große Liebeswerk zurückzudrängen. Die Not der Zeit hat dem Staate die Mittel genommen, das Begonnene durchzuführen. Der Reichsrat hat nunmehr auch die letzten Mittel, die noch zur Erhaltung und Pflege der Kriegergräber bewilligt waren, bei den jetzigen Etatsberatungen streichen müssen. Der große Apparat des Zentralnachweisebüros, durch den noch unbekannte Gräber festgestellt, Vermißte gesucht und Todeserklärungen ermöglicht wurden usw., ist zugleich lahmgelegt worden. Die Staatliche Beratungsstelle für Kriegerehrungen, Abteilung Denkmünze, Berlin SW. 11, Prinz Albrechtstraße 8, hat von ihren Behörden den Auftrag erhalten, durch den Vertrieb einer Denkmünze ein großes Hilfswerk einzuleiten. — Die Kriegervereine, die sich der Pflege der Kriegergräber aus früheren Kriegen stets besonders angenommen haben, werden, wie wir erfahren, durch den Kyffhäuser-Bund eine besondere Aktion auch zur Erhaltung und würdigen Ausgestaltung der Gräber unserer Helden aus dem Weltkriege einleiten.

Was Hindenburg und Ludendorff bekunden sollen.

Berlin, 29. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Von parlamentarischer Seite wird beabsichtigt, die Generäle Hindenburg und Ludendorff vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung zu vernehmen, um die Beziehungen der Obersten Heeresleitung zur Reichsregierung während des Krieges klarzustellen. Insbesondere müßte die Frage geklärt werden, ob die Oberste Heeresleitung durch ihren Einfluß die Stellungnahme der Regierung zu angeblichen Friedensmöglichkeiten ausschlaggebend beherrscht habe.

Ein neues Entente-Ultimatum an Deutschland?

Berlin, 29. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, bezweifelt man in maßgebenden Regierungskreisen die Richtigkeit der Auslandsmeldungen über ein bevorstehendes Ultimatum der Entente, daß innerhalb drei Wochen die Räumung des Baltikums durch die deutschen Truppen verlangt werden soll. Vielmehr glaubt man, daß die Entente zunächst dem deutschen Vorschlage, eine gemischte Untersuchungskommission einzusetzen, Folge leisten wird. Sollte die Entente dennoch ein Ultimatum senden, so könne dies nur den Zweck haben, noch vor Inkrafttreten des Friedens einen starken Druck auf Deutschland auszuüben, der aber angesichts der Sachlage keinesfalls angebracht ist, da die deutsche Regierung alle im Bereich der Möglichkeit liegenden Maßnahmen zur Räumung des Baltikums ergriffen hat. Im übrigen sei zu betonen, daß die deutsche Regierung ein weit größeres Interesse an der sofortigen Rückkehr der deutschen Truppen hat als die Entente, weil es Deutschland darauf ankommt, sich mit den russischen Randstaaten in friedliches Einvernehmen zu setzen und außerdem die Aufhebung der sehr schwer schädigenden Ostseeblockade zu erreichen.

Die Heimkehr aus dem Baltikum.

Berlin, 29. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Nunmehr sind, wie wir zuverlässig erfahren, über den Rückmarsch der im Baltikum stehenden Truppen zur Rückkehr bereit. Die Zahl der heimzutransportierenden Truppen hat 22 000 überschritten. Bei der Armee Bermondt dürften kaum noch 24 000 Mann ehemaliger Reichsdeutscher vorhanden sein.

Das künftige Offizierskorps.

In einer der Nationalversammlung zugegangenen Denkschrift, die sich mit der Organisation unseres zukünftigen Heeres befaßt, wird über die innere Gliederung des Offizierkorps gesagt: Das Verhältnis der Dienstgrade zueinander soll in diesem Offizierskorps in den Hauptzügen das gleiche sein wie im alten, so daß auch mit einer ungefähr ähnlichen Beförderungsaussicht für den einzelnen zu rechnen sein wird. Prozentual vermindert wird die Zahl der Leutnants, weil in einem Heer, dessen Unteroffiziere und Mannschaften langdienende Kapitulanten sind, die Zahl der Offiziere als Unterführer weniger groß sein muß und weil andererseits eine längere Durchbildungszeit für die zukünftigen Offiziere notwendig wird. Es sind hierfür 3 bis 4 Jahre in Aussicht genommen. Zur Offizierslaufbahn werden alle Freiwilligen Zutritt erhalten, die die wissenschaftlichen und praktischen Bedingungen der Prüfung erfüllen. Jeder Offizieranwärter hat alle Dienstgrade zu passieren, Standesbevorzugung fällt fort.

Das Heer besteht zurzeit aus 6885 Offizieren, 749 Sanitäts-, 242 Veterinär- und 24 Feuerwerksoffizieren, 29 056 Unteroffizieren, 162 944 Mann. In Zukunft sind diese Zahlen zu halbieren.

Bei der Beratung des Marineetats betonte der Chef der Admiralität v. Trotha, daß wir durch den schmachvollen Frieden gezwungen seien, eine ganze Anzahl von besten Teilen der alten Marine abzustoßen. Er sehe es jetzt als eine Notwendigkeit an, aus unserer kleinen uns noch verbleibenden Marine das Höchstmaß von militärischer Leistungsfähigkeit herauszuholen.

Auf Schwarzschlachtungen ruht Gefängnisstrafe.

Berlin, 28. Oktober. Die Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Fleischbewirtschaftung haben — namentlich in Gestalt von sogenannten Schwarzschlachtungen — einen Umfang angenommen, der die Fleischversorgung der Gesamtbevölkerung auf das schwerste gefährdet. Der Reichswirtschaftsminister hat deshalb durch Verordnung vom 23. Oktober 1919 bestimmt, daß in allen Fällen verbotener Schlachtungen auf Gefängnis und Geldstrafe neben einander, nicht mehr wie bisher nur wahlweise auf die eine oder andere Strafart, zu erkennen ist. Gleichzeitig ist in der Verordnung über Fleischversorgung vom 27. 3. 1916 für alle andere strafbaren Tatbestände das Strafmaß, in Anlehnung an die übrigen Vorschriften auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft, auf Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 30 000 Mark, oder eine dieser Strafen, erhöht und den Gerichten die Einziehungsbefugnis gegeben worden.

Die Lage in Bitterfeld.

Bitterfeld, 28. Oktober. Die Lage in Bitterfeld ist auch am Dienstagmorgen unverändert. Etwa 90 Prozent der Belegschaft der Grube „Leopold" hat sich zur Wiederaufnahme der Arbeit eingestellt. Die Grube steht noch unter militärischem Schutz. Etwa 1000 Mann der Reichswehr, darunter Kavallerie und Minenwerfer, sind zur Sicherung des Werkes bestimmt. Auch in den Dörfern der näheren Umgebung sind Truppen untergebracht, um etwaige Unruhen niederzuhalten. In den Straßen der Stadt herrscht das gewohnte Alltagsbild. Am Dienstag fanden Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer und -geber statt, an denen auch die Regierung teilnahm. Bekanntlich haben die Arbeiter die Forderung auf Freilassung des verhafteten Betriebsrates Rauchfuß gestellt und auf ihrer in Halle abgehaltenen Konferenz mit einem Streik im gesamten mitteldeutschen Bergrevier gedroht, wenn diese Forderung nicht erfüllt werde.

Der Kampf der Elsaß-Lothringer gegen die französische Willkür.

Bern, 28. Okt. Laut „Genfer Feuille" ist die Einstellung des Güterverkehrs zwischen Elsaß-Lothringen und der Schweiz durch die unruhigen Verhältnisse im Elsaß notwendig geworden. Die elsässische Bevölkerung ist besonders deswegen erregt, weil Frankreich Aufsichtspersonal geschickt hat, das nicht einmal die deutsche Sprache beherrscht. Die Eisenbahner, die nach ihrem letzten Streik die Arbeit wieder aufnehmen mußten, ohne die volle Erfüllung ihrer Forderungen erreicht zu haben, rächen sich nun dadurch, daß sie den Verkehr sabotieren. Das gleiche tut das Personal der Rheinschiffahrt. Die Behörden haben daher die Schweiz ersucht, ihre Waren über französisches Gebiet umzuleiten.

Amerika gegen den Geist von Versailles.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgt man in Paris, wie aus Basel gemeldet wird, die Vorgänge im amerikanischen Senat. Aus den Debatten sieht man, daß in Amerika ein starker Widerwille gegen die rücksichtslose Anwendung des Friedens von Versailles herrscht und erblickt darin eine Verurteilung des Geistes des Versailler Vertrages. Nach dem „Echo de Paris" erwartet man mit Spannung die Entscheidung Wilsons über die Vorbehalte. Die Lage im amerikanischen Senat war noch nie so gespannt wie gegenwärtig. Die extremen Gegner des Vertrags weisen darauf hin, daß sie sich stark genug fühlen, die Ratifikation zu verhindern, wenn Wilson den Vertrag nicht zurückzieht. Die Führer der Anhänger des Vertrages bereiten aber bereits eine Resolution vor, die den Kriegszustand ohne Ratifikation als beendet erklären soll. Aus allen Vorgängen in den Vereinigten Staaten kann man ersehen, daß dort gegenwärtig eine starke politische Leitung fehlt.

Die Londoner „Times" melden noch aus Washington, daß zum ersten Male seit Beginn der Senatsberatung ernstlich von der Möglichkeit gesprochen wird daß Amerika weder ratifizieren noch dem Völkerbund beitreten werde. Der demokratische Senator Reed hat einen Vorschlag gemacht, des Inhalts, daß Amerika sich das Recht vorbehält, selbst zu bestimmen, welche Fragen seine Ehre und seine Lebensinteressen beeinträchtigen. — „New York World" bemerkt, daß die Annahme eines derartigen Artikels die deutsche Diplomatie aus der Zeit vor dem Kriege rechtfertigen würde. Die Freunde Wilsons wollen lieber den Friedensvertrag ganz und gar verwerfen, als derartige Abänderungen annehmen. Der Korrespondent der „Times" glaubt, daß der Kampf um den Völkerbund jetzt ernstlich beginnt.

Wie wir noch aus Berlin hören, wird die große Friedensdebatte des amerikanischen Senats nunmehr im Laufe der kommenden Woche einsetzen. Es steht zu erwarten, daß die Entscheidung über die Ratifikation durch Amerika noch vor Ende November fallen wird.

Wilson will nicht mehr kandidieren.

WTB. Versailles, 28. Okt. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Washington hätten einige demokratische Senatoren erklärt, der Präsident des demokratischen Nationalrats werde in den ersten Tagen des Januar ankündigen, daß Wilson sich nicht mehr als Präsidentschaftskandidat präsentieren werde.

Deutsches Reich.

Eine Arbeitsgemeinschaft der Mittelstandsverbände.

Braunschweig, 28. Okt. Die Tagung der deutschen Mittelstandsverbände nahm nach lebhafter Aussprache einstimmig einen Antrag an, wonach ein Ausschuß zur schleunigen Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der Verbände des erwerbstätigen Bürgertums ins Leben gerufen wird. Dieser Ausschuß wird beauftragt, in kürzester Zeit greifbare Vorschläge allen in Frage kommenden Verbänden zu unterbreiten. Die Ansichten des Parteivorsitzenden Bessel über die Notwendigkeit der Deutschen Mittelstandspartei stießen auf lebhaften Widerspruch. Die Versammlung teilte fast einstimmig den Standpunkt des früheren Reichstagsabgeordneten Riesberg-Quedlinburg, wonach eine besondere Mittelstandspartei sich für Deutschland erübrige. Der Mittelstand müsse mit allen bürgerlichen Parteien Fühlung suchen, welche seine Interessen tatkräftig und ausreichend unterstützen werden. Auch werde der Mittelstand durch die bürgerlichen Parteien ausreichenden Einfluß in den Parlamenten und in der Gesetzgebung gewinnen.

Die Ententeknebel in der Pfalz.

Kaiserslautern, 28. Okt. Nach einer Bekanntmachung des Oberbefehlshabers der Rheinarmee wurde der Stadt Kaiserslautern anläßlich der Vorfälle, die sich am 8. Sept. d. Js. dort abgespielt haben, eine Geldstrafe von 60 000 Mk. auferlegt, weil sie den Aufruhr nicht vorausgesehen und durch ihre eigenen Mittel nicht zu unterdrücken vermochte.

Ein neuer 8-Milliarden-Kredit angefordert.

Der der Nationalversammlung zugegangene Reichsergänzungs-Etat für 1919 enthält einen neuen Kreditanspruch von 8,187 Milliarden Mark. Fast alle Ministerien haben erhöhte Ausgaben. Aus der gesamten neuen Forderung ergibt sich ein Anleihebedarf von 40,6 Milliarden Mark. Dafür sind auf gesetzgeberischem Wege bereits für 32,4 Milliarden Mark Kreditermächtigungen erteilt worden.

Aus der demokratischen Bewegung.

Gerbstedt, 29. Oktober. In Gerbstedt hielt der Verein der Demokraten unter Leitung des Herrn Lehrer Bauer eine gut besuchte Versammlung ab, in der Herr Dornblüth über „Die Demokratie in der Regierung" sprach. Die Versammlung spendete den Ausführungen des Redners starken Beifall und gab ihr Interesse an der politischen Mitarbeit durch eine rege Aussprache kund.

•

Halle, 29. Oktober. Auf den heute abend 8½ Uhr im Bezirksverein West im Saale des Bäcker-Innungshauses stattfindenden Vortrag des Herrn Pfarrer Geibel aus Apollensdorf über „Demokratie und Kirche" sei nochmals aufmerksam gemacht. Die Mitglieder anderer Bezirksvereine und durch Mitglieder eingeführte Gäste sind willkommen.

OSRAM-AZO
Die solide elektrische Lampe mit Edelgasfüllung
OSRAMWERKE, BERLIN O. 17

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191029031/fragment/page=0003

Ab Freitag, den 31. Oktober 1919:

U.T. Leipzigerstrasse 88.
Fernruf 1224.

Nur noch morgen!
Das Teehaus zu den 10 Lotosblumen.

Erstaufführung für Halle! — Erstaufführung für Halle!

Der Tänzer

I. Teil. Frei nach Motiven aus dem Roman von Felix Holländer.
Schauspiel: 1 Vorspiel und 3 Akte.

Ab Freitag, den 31. Oktober 1919

U.T. Alte Promenade 11a.
Fernruf 5738.

Nur noch morgen!
Die Film-Operette
„Lachende Herzen".

Erstaufführung für Halle! — Erstaufführung für Halle!

Paul Wegener
in dem grossen Monumentalfilm

Der Galeerensträfling

I. Teil. Phantastischer Film in 5 Akten. I. Teil.

Eine ganz besondere Eigenart kennzeichnet Paul Wegener und seine Filme. Der Galeerensträfling ist von stark packender Handlung und verletzt trotz seiner Realistik nie den künstlerischen Geschmack.

Walhalla-Operettentheater.
Anfang ½8 Uhr:
Grösster Erfolg!
Letzte 5 Tage:
Eine Walzernacht.
Optte. v. Rudi Gialler.
Kasse v. 10-1½, u. 4-6.

Hansa-Hotel
neben Apollo.
Bes. A. Schleditz
Zeitgm. gute Küche.
Skatgelegenheit.
Zimm.-Einheitspr. 4 M.
Schluss der Anzeigen-Annahme 10 Uhr.

Stoffersatz-Wäsche

im Aussehen von Leinen kaum zu unterscheid. In dieser Form Dtzd. 3.60.
Wäsche wird mit Engros.
Dauerwäsches-Vertrieb
Kl. Berlin 2 Eine Treppe, Ecke Elsen str.

Deutsche Volkspartei

Dr. Cremer aus Dortmund
spricht
am Donnerstag, den 30. ds. Mts. 8 Uhr abends in der Aula des Reformrealgymnasiums, Friesenstraße 1
über
„Das Programm der Deutschen Volkspartei".

Freie Aussprache. Eintritt frei

Alle Deutschen Männer und Frauen sind eingeladen.

Deutsche Volkspartei.

Stadttheater
Donnerstag, 30. Okt. 19, Anfg. 7½, Ende 10½ Uhr:
Die Zauberflöte.
Freitag:
Die Rutschbahn.

Apollo-Theater
Tägl. abends 7½ Uhr:
Die Tugendfreundin.
Optt. v. Hans Forstner.
Musik von Otto Gaze
mit Max Willenz a. G.
Hans Forstner
und Meta Heim.
Vorverk. 9—1 u. 5—7.

Telephon 6818 — Telephon 6818
Tanz-Diele
Thalia-Säle, Geiststrasse 42a.
Jeden Donnerstag A59/5
Vornehmer Gesellschaftsabend mit Tanz.
Anfang 5 Uhr.
Herrenkarten 3.00. Damenkarten 2.00.
Gesellschafts-Anzug.

Günstiges Angebot!
Nichtstropfende
hellbrennende
Baum-Kerzen
Postpaket = 18 Kart. à 12 Stück 81.— Mk.
Haushalt-Kerzen
Postpaket = 10 Kart. à 10 Stück 65.— Mk.
Rauchfreie u. geruchlose
Wunder-Kerzen
erstmalig wieder im freien Handel.
Postpaket = 60 Kart. = 25.— Mk. Probesendung enthält v. jeder Sorte 1 Karton = zus. 12.— Mk. geg. Nachn.
:: Eistau-Lametta ::
100 300 500 Briefe
20.- 19.50 18.- M.
1000 Briefe
18.- M. p. 100 Briefe
H. Br. Pietsch, Lauban.
Vertr. überall gesucht.

Angebot:
Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen.
grösste Auswahl in einfacher bis ganz reicher Ausführung.
Möbelfabrik
Alb. Marriß Nachf.
Inh. Rich. Ziemer.
Halle a. S., Alt. Markt 2.

Bad Wittekind
im Winter geöffnet.
Bedezeiten vom 1. November ab:
An Wochentagen:
9—11½ u. 2—7½ Uhr.
Dampfheizung u. elektr. Licht, Wasser-, Sol-, Kohlensäure-, Fichtennadelsol-, Moor-, Dampf-, elektr. Licht- u. andere medizinische Bäder.
Massage für Herren und Damen.
Krankenkassenmitglieder Ermäßigung
Fernruf 2675.

Mozartsaal, Weidenplan 20
Sonntag, d. 2. November, abds. 7½ Uhr
Rezitations- und Liederabend
Baron Carlo von der Ropp, Rezitator
Kammersänger Alfred Otto
Am Flügel: Paul Klanert.
Dichtungen von Eichendorff, Georg Busse-Palma, Paul Hermann Hartwig u. a. galante und heitere Kleinigkeiten.
Gesang: Bajazzo-Prolog, Maskenball-Arie, Lieder von E. J. Wolff und Richard Strauss.
„Alfred Otto sang einige Lieder von Richard Strauss und Grieg, und es war eine Freude, seinem schönen Bariton dabei zuzuhören." (Görlitzer Woche.)
Karten 4.10, 3.10, 2.10, 1.55 in der Hofmusikalienhandlung Heinrich Hofmann u. a. d. Abendkasse

Der grosse Saal
der „Thalia-Säle"
am 3., 7. u. 11. November frei!

Karl Liebert's Gartenbau
Merseburgerstr. 102|103. Fernruf 5775.
Entwurf und Ausführung
von Parkanlagen, Obst- und Hausgärten. Ausführung des Obstbaum- und Gehölzschnittes. Anpflanzungen aus eigenen Beständen. Koniferen und besonders starke Obstbäume. Hochstämmige Stachelbeeren und Schattenmorellen. Topfpflanzen und Dekorationsgärtnerei.
Ueberwinterung von Pflanzen im Glashaus.

Lack- und Scheibenhonig,
Pfund 9 und 10 Mk., hat abzugeben
Imkerei v. Fintel,
Schwalingen Kr. Soltau, lüneburger Heide.

Rauchtabak,
rein Ueberseer-Mischung, das Postkollo von 9 Pfund Mk. 155 franko
Georg Höhn,
Kaiserslautern, Rummelsst. 12.

Licht-Spiele
Nur noch bis Donnerstag!
Manon Lesceaut
„Dornenwege der Liebe"
Drama in 6 Akten.
„Eine Nacht geht im Paradies"
Ein reizendes Lustspiel in 4 Akten mit Reinhold Schünzel in der Hauptrolle.
Einlaß ½4 Uhr.
Anfang 4 Uhr.
Fernsprecher 4681 — Grosse Ulrichstr. 51
Ab Freitag, den 31. Oktober
Nur für Erwachsene!
Grosses Monumentalwerk:
Die Tochter des Spielers
Lebensdrama in 5 Akten
ferner:
Mein Neffe der Herr Baron
Ein Lustspiel in 3 Akten.
Im Herzen der Stadt

Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.
Vorträge über Schwindsucht
1. Vortrag
Montag, den 3. November, abends 8 Uhr, Aula des Stadtgymnasiums
Wie schützen wir uns vor Schwindsucht?
Facharzt Dr. Blümel,
Tuberkulosenfürsorge-Arzt.
Eintritt frei. Jedermann willkommen.

HARMONIUMS
Mannborg
die führende Marke
Allein-Verkauf bei
Piano-Ritter,
Leipzigerstrasse 73.

Jede kluge Hausfrau wäscht mit „Sauger"
Reine Wäsche ohne Mühe
Überall erhältlich!
Grosso-Vertrieb für Halle und Umgebung: Düben & Hermann, Mansfelder Strasse 8, Helmbolst & Co., Leipziger Strasse 104, J. F. Weber Nachf., Alter Markt.

Vervielfältigungs-Apparat
Opalograph
D. R. P.
für Hand- u. Schreibmaschinen-Schrift.
Alleinverkauf und Lager für Halle und Saalkreis
Aug. Weddy, Halle,
Sondergeschäft für Bürobedarf. Fernspr. Nr. 6390

Wratzke u. Steiger, Hoflieferanten
Poststr. 9 10.
Juwelen — Gold — Silber.

Optische Waren
preiswert und gut, empfiehlt
Otto Unbekannt
1a Gr. Ulrichstrasse 1a. 16364

Vulkan-Feuerungsmaterial
vollwertiger Ersatz für Briketts
liefert in Fuhren frei Gelass
H. F. Roeser,
Leipzigerstr. 76. Tel. 4781.

Moderne DAMENTASCHEN
in Auto Lack- u. Rindleder
Sehr billig.
C. F. RITTER, HALLE a/S.
Leipzigerstr. 90.

„Kopra I",
das Ideal für die Nerven und gegen Schlaflosigkeit, ist erhältlich in allen einschl. Geschäften und (auch für Wiederverkäufer) bei
M. Waltsgott Nachfl., Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 30
oder direkt von F. A. Hoffmann, Deutschenthal, Kopra-Generalvertrieb.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191029031/fragment/page=0004